

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

160 (4.4.1919) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitauß größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Verantwortlich: Albert Geyss.
Verantwortlich für alle Anzeigen: Albert Geyss.
Verantwortlich für alle Anzeigen: Albert Geyss.

Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben.
Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben.

Bezugs-Preise:
Ausgabe A B
monatlich
1.50 1.70
1.60 1.80
1.37 1.58
1.61 1.82

Mr. 160. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Freitag den 4. April 1919. Telefon: Redaktion Nr. 809. 35. Jahrgang.

Reichssteuern.

Karlsruhe, 4. April. Bis jetzt waren Steuern im Bewußtsein des einzelnen Deutschen ziemlich gleichbedeutend mit den direkten Steuern, und diese wieder mit den Steuern der Bundesstaaten. Man wußte zwar, daß der Geldbedarf des Reiches dreimal so hoch sein würde wie der Bedarf der Gliedstaaten und Gemeinden zusammen, man verspürte die Wirkung der Reichsanleihe an der Erhöhung der Waren- und Arbeitspreise; und hatte dennoch nur den bundesstaatlichen und kommunalen Fiskus gegenüber das Gefühl, einen Teil seines Einkommens herzugeben, „Steuern“ im engeren Sinne des Wortes, zu zahlen.

Das wird sich in kurzer Zeit ändern; obwohl der Widerstand der Einzelstaaten auch jetzt noch die Reichsregierung zu allerhand Verzögerungen der Tatsache nötigt, daß gerade das Reich der direkten Steuern nicht entzogen kann. Von den Steuern, die durch den Reichsfinanzminister Schiffer angeündigt wurden, und die in einer Vermögensabgabe gipfeln, ist eine jetzt im Entwurfe vollendet: die Kapitalertragssteuer.

Ihre wesentlichen Bestimmungen sind mit wenigen Worten anzugeben. Steuerpflichtig sind alle Kapitalerträge, also: Dividenden, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne aus Aktien, Kupon, Genussscheinen. Der Steuerbetrag beträgt, unabhängig von der Höhe der Kapitalerträge, 10 v. H. Entrichtet wird die Steuer nicht vom Empfänger der Zinsen, sondern vom Kapitalinhaber, der bei der Auszahlung den Steuerbetrag abzieht. So werden beispielsweise für ein tausend Mark Kriegausschlag 45 Mark Kapitalertrag ausbezahlt. Die Steuer ist einfach und einträglich. Daß ihr die Steuerpflichtige, sollte für nicht zum Vorwurf gemacht werden; die Schonung des kleinen Kapitals, so weit sie möglich ist, und die Scharfe Veranschlagung des großen ist durch die übrigen Steuern und Abgaben hinreichend versichert. Der Vorteil des Systems ist jedenfalls die Billigkeit der Handhabung und die Sicherheit der Erzielung. Man erwartet einen Ertrag von 1,2 Milliarden, entsprechend einer Zinssumme von 13, und einer Kapitalmasse von etwa 250 Milliarden.

Das Leben in Spaa.

Einem ansehnlichen Schilde der Verhandlungen in Spaa und des Lebens der Unterhändler gibt der „Daily Telegraph“ in der als reichhaltigste Nummer der letzten von Dr. Anton Hofmeister in Berlin herausgegebenen „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ einen Überblick über die Verhandlungen in Spaa.

Das Bild, das man auf der Straße von Spaa bekommt, mutet eigenartig an. Hier gehen deutsche Offiziere, deutsche Soldaten friedlich an englischen, französischen und belgischen Offizieren vorüber. Soweit sich die Herren aus den Stellungen heraus, wird ein höflicher Gruß ausgetauscht. Ein Verkehr der einzelnen Delegationen untereinander findet im übrigen nicht statt. Wir sind ja noch im Kriegszustand, und wenn auch der Waffenstillstand eine Verteilung zum Frieden ist, so ist doch der Friede selbst noch nicht da. Man hat auch gegenwärtig weder Zeit noch Verlangen, sich näher zu treten, denn die täglichen Sitzungen genügen meistens, um die Klüfte deutlich zu machen, die die einander gegenüberstehenden feindlichen Nationen noch voneinander trennt.

Das, was wir im Arge gesehen haben, das wiederholt sich hier im Kleinen. Deutschland hat einen Welt- und Feind mit wenigen Bundesgenossen gegenüber; und hier in Spaa stehen die deutschen Delegationen allein ohne jeden Bundesgenossen der geschlossenen Masse der Ententegegner, Belgiens u. der Amerikaner gegenüber. In dem Afford unserer Feinde wiederum dominiert Frankreich. Der Vorsitzende der Interalliierten Waffenstillstandskommission ist der Franzose, General Nibant. Der britische, amerikanische, belgische General, der italienische Oberst, die auf der einen Seite des Verhandlungstisches neben Herrn Nibant Platz nehmen, beteiligen sich nur wenig an der Debatte. In der Person Nibants ist der Oberkommandierende unserer Feinde, der Marschall Foch, vertreten, eine Tatsache, die auch äußerlich dadurch zum Ausdruck kommt, daß fast jede Note unserer Feinde mit dem Satz beginnt: „Le Maréchal Foch, Commandant des armées alliées a décidé ce qui suit...“ Nibant ist in der Mitte des großen Hofes in dem Speiseaal des Hotels Britannique, dessen Räume für die Verhandlungen und auch für die Sitzungen der sieben Unterkommissionen zu dienen haben und zu gleicher Zeit das Hauptquartier der deutschen Delegation sind. General Nibant ist eine typisch französische militärische Erscheinung. Persönlich scharf, ein ehrenvoller und achtenswerter Charakter mit gewaltigen Reigungen, die aber häufig durch die ihm zugefallene Aufgabe, dem belagerten Spaa das letzte Hemd vom Leibe zu ziehen, überhattet werden.

Die Beratungen der Kommission beginnen täglich um 10 Uhr. Sie werden eingeleitet durch eine Vollsitzung, deren Präsident der General Nibant ist. Es gibt keinen Sonntag für die Waffenstillstandskommission in Spaa. An jedem Tage die gleiche Fülle der Geschäfte, die gleichen Telegramme, die gleichen schmerzlichen Verhandlungen. In der Vollsitzung tauschen die einzelnen Delegationen untereinander Noten aus, und oft wird in Rede und Gegenseitigkeit der Standpunkt wechselseitig klargestellt. Unsere Feinde bemühen sich, bei allen den harten Verpflichtungen, die dieser unerhörte schwere Waffenstillstand uns auferlegt, uns immer weiter an die Paroi zu drücken. Jede Gelegenheit wird von ihnen ausgenutzt, um Forderungen zu erheben, uns des Verzuges anzuklagen, uns Böswilligkeit, absichtliche Verschleppung vorzuwerfen und das Unmöglichste zu verlangen.

Ist die Hauptfrage vorbei, die oft zu lebhaften Zusammenstößen und dramatischen Szenen geführt hat, so begibt sich die einzelnen Kommissionen an die Arbeit. Hier wird formloser verhandelt. Man bezieht sich zwar auch der Dolmetscher wie in der Hauptverhandlung, doch verzichtet man öfters auf Uebersetzungen oder spricht die Sprache des Gegners.

Man nimmt die Mahnungen gemeinsam ein. Der Tag ist streng geregelt. Mit militärischer Pünktlichkeit treffen sich die Mitglieder zu den Besprechungen, zu den gemeinsamen Mahnungen. Ihre kurzen Reden müssen sie zu Spitzergängen auf den schönen Waldwegen in der unmittelbaren Nachbarschaft der Stadt aus. Es ist ein Gemeinschaftsleben, das in seiner ruhigen Einfachheit und seiner Kameradschaftlichkeit, seiner geschlossenen Stimmung und seiner harten Regelmäßigkeit in einem gewissen Gegensatz zu dem hastenden, revolutionären und

von innerpolitischen Kämpfen erfüllten Vaterlande steht. Hier gibt es keine Resorptionsfähigkeit mehr, wie während des Krieges. Es ist ein Vorgehen dieses Lebens, das die deutsche Waffenstillstandskommission mit aller Energie zu verteidigen. Sie ist bemüht, für das Vaterland in dieser schrecklichsten aller Lagen das zu retten und mit aller Energie zu verteidigen, was gerettet werden kann. „Arbeiten und nicht verzweifeln!“, das ist der Wahlspruch, der über dem Hause, von dem einst in einer früheren Zeit die Befehle des deutschen Großen Hauptquartiers an die deutschen Armeen ausgegangen sind.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Eine wichtige Aenderung der Friedensbedingungen.

WTB. Bern, 3. April. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ teilt mit, daß der Vierz-Kat angesichts der Tatsache, daß die Delegationen und Ausschüsse und auch der Vierz-Kat selbst niemals die Möglichkeit herbeiführt hätten, daß Deutschland die Friedensbedingungen nicht annehmen würde, nunmehr auf Betreiben der amerikanischen Delegation und besonders Wilsons eine Arbeitsmethode eingeschlagen habe, die auf diese eventuelle Möglichkeit Rücksicht nimmt und daß die Gesamtbedingungen nach einer nochmaligen Durchsprechung so gefast werden, daß Deutschland sie annehmen könne. In diesem Geiste sei bereits eine sehr wichtige Aenderung an dem ursprünglichen Projekt vorgenommen worden. Allerdings hat man noch keinerlei Beschluß darüber gefast, wie man sich im Falle einer endgültigen Ablehnung Deutschlands verhalten werde.

Von amerikanischer Seite sei darauf hingewiesen worden, keine einzige alliierte Macht könne ernsthaft an eine Wiederaufnahme des Krieges oder gar an die Entlassung einer Disputationsarmee nach Deutschland jetzt nach Monate langem Waffenstillstand denken. Die Pariser Presse ist angesichts des Verhandlungsmodus sehr beunruhigt und warnt wie das „Journal des Debats“ vor einem Ausbruch mit Deutschland.

Die „Humanité“ weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß ein vom Vierz-Kat geschlossener Gewaltvertrag nur auf Sand gebaut sei; denn die Demokratie und die Völker hätten jetzt das Wort und diese verlangten jetzt das Selbstbestimmungsrecht und ebenso weitgehende soziale Umformung und völlige Abrüstung.

Sch. Rotterdam, 4. April. (Privattele.) „Daily Telegraph“ meldet: In der Konferenz zeigt sich wachsende Stimmung für eine bedeutende Herabsetzung der von Deutschland zu leistenden Entschädigung. Einhalb bis dreiviertel der Forderung an Deutschland soll überhaupt mit deutschen Ausführgarantien betrieben werden.

Nibant über den Vorfrieden.

WTB. Paris, 3. April. Nibant erklärte, daß der Präliminarfriedensentwurf seiner Ansicht nach noch vor Othorn vorliegen werde.

Keine Volksabstimmung in rein deutschen Gebieten.

Sch. Rotterdam, 4. April. (Privattele.) „Daily News“ meldet aus Paris: Einstimmig ist beschlossen worden, daß über die Zugehörigkeit rein deutscher Gebiete keine Volksabstimmung vorgenommen werden solle.

Zur Lage im Osten.

Sch. Rotterdam, 4. April. (Privattele.) „Daily Telegraph“ meldet, daß eine Entente-Kommission in nächster Woche an die deutsche Front im Baltikum abgehen, um die Uebernahme der Front durch das polnische Ententeheer vorzubereiten.

Zur Landung in Danzig.

Sch. Genf, 4. April. (Privattele.) „Homme Libre“ schreibt zu den Verhandlungen in Spaa: „Wir werden mit Deutschland verhandeln, aber wir bestehen auf der Landung in Danzig. Die Deutschen geben sich seit den Waffenstillstandsverhandlungen immer neuen Illusionen hin, ohne sich durch die bisherigen Enttäuschungen belehren zu lassen.“

Das Vorgehen Italiens.

Sch. Wien, 4. April. (Privattele.) Die Blätter melden, daß Fiume seit 3 Tagen von jedem Verkehr abgeschnitten ist. Im Hafen von Fiume traf täglich Truppentransportdampfer ein. Auch in Preßburg sind Entente-Truppen eingetroffen.

WTB. London, 4. April. Reuters. Dr. Dillon telegraphiert dem „Daily Telegraph“, daß die Friedenskonferenz aus Gründen der Zweckmäßigkeit verlegt habe, daß Fiume und Spalato den Italienern überlassen werden sollen.

Italienische Landung in Kleinasien.

WTB. Bern, 3. April. Stefani veröffentlicht folgende amtliche Note: Am 26. März wurden in Adalia zwei Kompanien italienische Marineinfanterie gelandet, welche die Stadt zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung besetzten. Die Bevölkerung hat die italienischen Matrosen mit lebhafter Befriedigung begrüßt.

Die „Tribuna“ kommentiert die Landung mit dem Bemerkten, Adalia sei der Ausgangspunkt der italienischen Apirationen in Kleinasien. „Giornale d'Italia“ bemerkt, Italien besitze seit geraumer Zeit in der dortigen Gegend und in den benachbarten Provinzen Sphären, die weder vernachlässigt noch kompromittiert werden dürften. „Corriere d'Italia“ mißt der Befehung von Adalia keine politische Bedeutung bei, umso weniger, als die Mandatfrage für Kleinasien von der Pariser Konferenz auf später verlegt worden sei. Die italienische Expedition sei von der italienischen Flottenbasis Rhodos erfolgt.

Dom Schauplatz des Bolschewismus.

Petersburger Arbeiter gegen den Bolschewismus.

Kopenhagen, 3. April. Russische Telegramme, die aus Helingsfors hier eingetroffen sind, bestätigen, daß es in Petersburg zu schweren Unruhen gekommen ist. Die Arbeiter lehnen sich gegen den Bolschewismus auf. Sie zogen durch die Straßen unter den Rufen „Nieder mit der bolschewistischen Gewaltherrschaft“. Es kam zu Barrikadenkämpfen, wobei die russischen Soldaten des Roten Heeres die Reihen der Arbeiter mit Maschinengewehren stark löcherten.

Um die Arbeiter zu beruhigen, mühten die Botationen eifrig werden. Lenin hat sich nach Petersburg begeben und hielt große Reden an die Arbeiter. Er erklärte, daß sowohl die Inerton als auch die äußeren Feinde alles täten, um die Sowjetregierung zu hängen. Die Lage sei kritisch, aber man müsse sich mit dem Hunger abfinden. Wenn die Bolschewisten die Macht des jetzigen Augenblicks aus der Hand geben, wäre das ein großer geschichtlicher Fehler.

Die Geschwulste im Reich.

Rein Kommandant von Berlin.

WTB. Berlin, 3. April. Mit Rücksicht auf die Aufgabe der alten Armee und die gehobene Sporkamkeit wird der Posten des Kommandanten von Berlin nicht mehr besetzt. Die Kommandantur wird dem Gouvernement als besondere Abteilung angegliedert.

Ueber die Religionsgesellschaften.

WTB. Weimar, 3. April. Der vom Verfassungsausschuß angenommene Artikel 20a besagt in den wichtigsten Sätzen: Es besteht keine Staatskirche, die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenfluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltert ihre Angelegenheiten selbständig und verleiht ihre Aemter ohne die Mitwirkung des Staats. Die Religionsgesellschaften und geistliche Gesellschaften erwerben ihre Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts. Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu, sofern sie solche bisher besaßen.

Den anderen Religionsgesellschaften sind die gleichen Rechte zu gewähren, wenn sie die Gewähr der Dauer bieten. Sie sind berechtigt, ihre Mitglieder zu besteuern. Den Religionsgesellschaften werden diejenigen Vereinigungen gleichgestellt, die sich eine gemeinschaftliche Pflege der Weltanschauung zur Aufgabe machen. Die Sonntage und die anerkannten Feiertage bleiben erhalten. Die auf einem Gesetz, Vertrag oder besonderem Rechtstitel beruhenden staatlichen Leistungen an Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundzüge hierfür stellt das Reich auf. Das Eigentum an bestehenden Anstalten, Stiftungen und Fonds zu Kultus- und Wohltätigkeitszwecken bleibt bestehen.

Bayern und die Räterepubliken.

WTB. Augsburg, 4. April. In einer vom hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen öffentlichen Versammlung wurde beschlossen, an den Münchner Zentralrat die Forderung zu stellen, die Räterepublik für Bayern auszurufen und den Anschluss an die ungarische und russische Räterepublik zu vollziehen.

Weiter wurde beschlossen, in Augsburg einen eintägigen Streik durchzuführen, der morgen 8 Uhr vormittags in allen Betrieben beginnen soll.

Bayern und die Sozialisierung.

WTB. München, 4. April. Ueber die Sozialisierung des Bergbaues in Bayern meldet die Correspondenz Hoffmann: Im Einklang mit der Resolution des Sozialisierungsausschusses des Landtages hat der Minister die beschleunigte Feststellung der Vorarbeiten für die Sozialisierung des Bergbaues durch das Zentralwirtschaftsamt verfügt. Die Regierung ist fest entschlossen, mit der Sozialisierung ernst zu machen und einerseits die planmäßige Herstellung und Erzeugung von Wohnung, Nahrung und Kleidung in die Hand zu nehmen, andererseits im Interesse dieser Aufgaben gewisse wirtschaftliche Gebiete unmittelbar im Einbernehmen mit der Arbeiterschaft zu beherrschen.

Zur Lage in Stuttgart.

WTB. Stuttgart, 4. April. Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit schweben zur Zeit noch Verhandlungen. Post-, Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr ruhen noch. Der bürgerliche Abwehrstreik dauert fort. Es erscheint deshalb auch nur die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“. Nach politischer Feststellung betrug in Groß-Stuttgart die Zahl der Opfer bei den bisherigen Straßenkämpfen 15 Tote und 40 bis 50 Verwundete.

Zu den Frankfurter Plünderungen.

Frankfurt a. M., 3. April. Oberbürgermeister Voigt teilt mit, daß die Lebensmittel, welche von gewalttätig in seine Wohnung einbedrungenen Leuten fortgenommen worden waren, ihm nach eingehender Unternehmung vom Polizeipräsidenten sämtlich wieder zu gestellt worden sind bis auf einige Pfund geräucherter Spanferkelfleisch. Es hat sich ergeben, daß bis auf dieses Fleisch die vorgefundenen Lebensmittel nicht über die nach den bestehenden Vorschriften zulässige Menge hinausgehen. Das Spanferkelfleisch ist wie versichert wird, in einer Zeit erworben, in der wegen der Futtermittel der markenfreie Bezug erlaubt war. Durch diesen Ausgang der Untersuchung werden die maßlos übertriebenen Angaben von Zeitungen über das große Hamsterlager widerlegt.

Aus Belgien.

Eine von den Belgiern verurteilte Prinzessin.

WTB. Bern, 3. April. Ein Telegramm des „Tems“ aus Lachen berichtet, daß die Prinzessin v. Arenberg vom belgischen Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis und 5000 Fr. Buße verurteilt worden sei, weil sie heimlich Briefe in das unbesetzte Gebiet habe bringen lassen, in denen die Haltung der belgischen Truppen in dem besetzten Gebiet in stark kompromittierender Weise geschildert worden sei.

Badische Nationalversammlung.

Karlsruhe, 4. April. Am 11 Uhr wurde die 20. öffentliche Sitzung von dem Präsidenten Kopf eröffnet. Es lag u. a. ein Schreiben des Abg. Dr. Dieß (Soz.) vor, der darin mitteilt, daß er sein Mandat zur bad. Nat.-Versammlung niederlegt.

Es folgt zunächst die nochmalige Beratung des Verwaltungsgesetzes betr. die Wenderung der Wahlen zu den Kreisversammlungen und zu dem Bezirksrat. Da der Berichterstatter des Justizauschusses Abg. Schön im Hause nicht anwesend ist, berichtet Abg. Strauß (Ztr.), der Vorsitzende des Justizauschusses über die neuerlichen Beratungen die sich um die Vollzugsbestimmung „Die Wahlen der Stadtbez. Gemeindeverordneten, der Bezirksräte und der Kreisabgeordneten werden auf einem Zettel vorgenommen“, drehten. Abg. Strauß erklärte, der Ausschuss habe sich in seiner gestrigen Sitzung dahin ausgesprochen, daß es sehr wohl möglich sei, die drei Wahlen auf einem Stimmzettel vornehmen zu können.

Hierzu lag ein Antrag von mehreren Mitgliedern der Zentrumsfraktion vor, dahingehend, daß nur die Wahlen zu den Bezirksräten und Kreisabgeordneten auf einem gemeinsamen Zettel vorgenommen und für die Gemeindevorwahlen wieder besondere Zettel zugelassen werden sollten. — Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) begründete den Antrag; man müsse berücksichtigen, daß gerade in den kleinen Gemeinden nicht immer nur nach politischen Gesichtspunkten gewählt werde. Werde der Antrag in das Gesetz aufgenommen, so sei es den Verwaltungsbeamten und Behörden überlassen, die Wahlhandlung so zu gestalten, wie es in der betr. Gemeinde am praktikabelsten sei. — Abg. Wiedemann (Ztr.) unterstützte den Antrag und ebenso Abg. Maier-Heidelberg (Soz.).

Der Antrag Dr. Schöfer (Ztr.) und Gen. wurde mit sehr großer Mehrheit und hierauf das ganze Gesetz in 2. Lesung einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt: Gesetzentwurf über den Mai-Feiertag wird, da er im Ausschuss noch nicht endgültig durchberaten ist und eine Aeußerung der Regierung noch aussteht, von der Tagesordnung abgesetzt.

Namens des Petitionsausschusses berichtete Abg. Dr. Lefer (Dem.) über eine Petition des Guitas Siegle-Freiburg betr. Zwangsnotstand gegen Kriegsteilnehmer. Infolge großer Unruhen im Hause sind die Ausführungen des Berichterstatters auf der Tribüne unverständlich. Der Antrag des Petitionsausschusses, die Petition der Regierung als Material zu überweisen, fand die Zustimmung des Hauses.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag, den 10. April, nachm. 4 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über den Mai-Feiertag, Sperrgesetz und Enteignungsgesetz.

Von der sozialdemokratischen Fraktion.

Vorstandswahl. — Mandatsniederlegung von Dr. Dieß.

Karlsruhe, 4. April. Infolge der aus der Bildung der neuen Regierung sich ergebenden Änderungen hat sich der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion der badischen Nationalversammlung in der folgenden Weise konstituiert. 1. Vorsitzender Gen. Marum, 2. Vorsitzender Gen. Maier-Heidelberg, 3. Vorsitzender Gen. Kößig. Im Genossenrat, der infolge der Wahl zum Staatspräsidenten kein Amt als 1. Fraktionsvorsitzender niederlegt verliert. Fraktion ihren langjährigen Leiter, der sich durch seine Leistung als Führer der Fraktion den Anspruch auf den Dank aller Parteigenossen und des ganzen Landes erworben hat.

Der Abgeordnete Dr. Dieß hat sein Mandat zu der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung niedergelegt, nachdem die Verfassung in zweiter Lesung von der Nationalversammlung angenommen ist, und damit die Arbeiten des Verfassungsausschusses, als dessen Vorsitzender er in hervorragender Weise tätig war, einen Abgang gefunden haben.

Der Volksfreund schreibt hierzu: „Dr. Dieß wird als Parteigenosse aber auch weiterhin der Fraktion und der Partei bei der Inangriffnahme der großen Zukunftsaufgaben, insbesondere der Sozialisierung, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Er bleibt als Mitglied des Karlsruher Stadtrats. Die Fraktion und mit ihr alle Parteigenossen des Landes werden die Mandatsniederlegung des Genossen Dr. Dieß aufs lebhafteste bedauern. Genosse Dr. Dieß hat sich um die Schaffung der Verfassung für die Republik Baden bleibende Verdienste erworben. Es ist aber eine Genugtuung für die Partei, daß auch in Zukunft die wertvolle Kraft des Genossen Dr. Dieß der Arbeit für die Partei und für das Land erhalten bleibt.“

Badische Chronik.

Karlsruhe, 4. April. Der badische Landesbauernrat hat, wie wir hören, die Bezirksbauernräte zu einer Landesversammlung nach Karlsruhe auf Donnerstag, den 10. April d. Js. zur Besprechung wichtiger Angelegenheiten eingeladen.

Durlach, 3. April. Bei einer gestern vorgenommenen Holzpreiserhöhung wurden derart hohe Gebote gemacht, daß der funktionierende Beamte die Steigerung abbrach und die Holzbestände im Wege der Schätzung an die Liebhaber abgab.

Pforzheim, 4. April. Der Ruf nach Lebensmitteln für die Epileptiker ist nicht unerfüllt verblieben. Aus den Orten Bühl, Altm., Bühlertal, Bimbuch und Ottersweier sind mehrere tausend Eier hierher geliefert worden, die unentgeltlich an die minderbemittelten Kranken verteilt wurden.

Mannheim, 3. April. Als geschickter Diplomat erwies sich ein Mannheimer Spartakist bei den Mannheimer Russen. Eine spar-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die bildende Kunst und der neue Staat.

Karlsruhe, 4. April. Im nicht allzusehr besuchten Rathhause sprach Herr Dr. Buh über dies zeitgemäße, namentlich die jüngere Künstlerwelt bewegende Thema. Leider glänzte sie durch Abwesenheit. Es entzieht sich unserer Kenntnis, wie weit sie eigene, besondere Wege zu ihrer Darlegung eingeschlagen will, jedenfalls dürfte sie eine solche Gelegenheit wie diese vorgezogene Veranstaltung nicht veräumen, um sich so oder so zu erklären.

Herr Dr. Buh gab zuerst einen Rückblick über das badische Kunstleben der letzten Jahrzehnte. Rückblicke pflegen selten günstig ausfallen und die Reihe der in diesem Falle allgemein geäußerten Klagen ist ja bekannt. Am wenigstens die Zukunft vor ähnlichen Angriffsmöglichkeiten und Verfehlungen zu bewahren, isthing der Vortragende ein Reformverfahren vor, indem er für die entstehende Monarchie eine neue Instanz geschaffen wissen will und zwar in der Form eines Kunstsausschusses, der die gesamte badische Künstlerwelt vor dem Staate vertreten soll. Die Ernennung dieses Ausschusses müsse durch Wahl erfolgen. Dieser habe seinerseits dann die Wahl der Akademiepräsidenten, die nur auf Zeit und Abdingung angesetzt werden dürften, vorzunehmen. Die lebensfähige Anstellung habe sich als Hemmnis für die künstlerische Entwicklung erwiesen.

Später kam der Redner auch auf die Karlsruher Gemäldegalerie zu sprechen, deren innere und äußere Organisation er bemängelte. Vor allem erhob er Protest gegen die Abfertigung der Entente, auch unsere beiden herrlichen Gemäldesammlungen zu rauben, worin ihn der Leiter der Versammlung, Herr Stadtrat Gausel, unterstüßte. Es ist klar, daß hinter dieser stolzen Abweisung auch das badische Land geschlossen steht.

Geheimerat Dr. Josef Durm †.

Karlsruhe, 4. April. Nach kurzer Krankheit ist heute nachm. 8. Lebensjahre der Senior der badischen Architekten Geheimerat Dr. phil. h. c. Dr. ing. h. c. Josef Durm, ordentlicher Professor der Architektur an der hiesigen techn. Hochschule, entschlafen. Damit verliert nicht nur unsere Friedriciana einen ihrer hervorragendsten Lehrer, sondern die ganze Architekturwelt einen Mann, den sie zu ihren Allerbesten zählte.

tastische Gesellschaft von etwa 15 Mann drang in die Villa eines Schwelgers ein, um zu requirieren. Der Besitzer machte die ihre Güte füllenden Plünderer darauf aufmerksam, daß sie sich hüten sollten, ihn zu belästigen, den er sei Ausländer und diplomatische Schwierigkeiten seien zu erwarten. Darauf erklärte der Sprecher der Rotte: „Wir wollen auch keine diplomatische Bewildigung. Da unterschreibe Se. Gnade den Fehd und die Sach ist erledigt!“ Der Zettel enthielt die Erklärung, daß der Eigentümer die ihm weggenommenen Sachen freiwillig herabgelassen habe.

Mannheim, 3. April. Nach dem Tätigkeitsbericht des Mannheimer Verkehrsvereins stieg dessen Kassenverehr von 195 000 Mark auf 311 000 Mark. Auskünfte wurden 45 000 erteilt, der Verkauf von Fahrkarten brachte einen Umsatz von 51 000 M. Bei der Klage über den Kleingeldmangel wurde betont, daß die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie die Kupfermünzen systematisch aufkauft, weil sie auf diese Weise das Kilogramm nur mit 5 Mark, im Handel aber mit 25 M. bezahlen muß.

Leimen b. S., 3. April. Der 10 Jahre alte Josef Haas war mit anderen Kindern auf ein durchfahrendes Baskauto aufgeklungen. Er fiel von dem Trittbrett (das gebrochen sein soll) und wurde von dem Anhängewagen überfahren. Den schweren Verletzungen ist der Junge im stad. Krankenhaus in Heidelberg erlegen.

Freiburg, 3. April. Vor dem Schwurgericht hatte sich der Söldner Arthur Röder aus Furtwangen zu verantworten, weil er an einem Sonntag im Februar nach einem Streik auf offener Straße einen Soldaten erschossen hatte. Der Angeklagte wurde zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Ferner betrafte sich das Schwurgericht mit zwei Kindesbestrafungen. In dem einen Fall erhielt die 16 jährige Ehefrau Sofie Dörner aus Ringsheim wegen vorzähliger Tötung 2 Jahre Gefängnis, in dem andern Fall wurde ein Dienstmädchen wegen jahrelanger Kindesbestrafung zu 4 Monaten verurteilt.

Dom Wisental, 3. April. Die Lohnbewegung in der Textilindustrie ist nach längeren Verhandlungen zum Abbruch gekommen. Die Löhne sind für Spinnerei auf 70—80 Pfg., Weberei 85—100 Pfg., für Seidenweberei 85—95 Pfg. pro Stunde festgesetzt worden. Ueberstunden bezw. Sonntagsarbeit bedingen einen Zuschlag von 25 bezw. 50 Proz. Der Tarif tritt sofort in Kraft.

Chroberg (A. Schönau), 3. April. Am Dienstag wurde durch Unvorsichtigkeit beim Schießen ein 24jähriges Mädchen erschossen. So bleiben alle Mahnungen und Warnungen zum vorsichtigen Umgang mit Schusswaffen fruchtlos und der Leichtsinn fordert immer wieder neue Opfer.

Hauptversammlung des Vereins badischer Schilwäldbesitzer.

oc. Offenburg, 3. April. Vor wenigen Tagen fand hier die Hauptversammlung des Vereins badischer Schilwäldbesitzer, E. U. unter dem Vorsitz des Aufsichtsrats Schumann (Oberharmerbach) statt.

Aus dem durch Stillschlagrat Eitel (Oberfisch) erstellten Jahresbericht für das Jahr 1918 ergab sich, daß außer der Verkaufsvermittlung für Schilwälder Schritte getan wurden zur Erzielung besserer Preise zur Beschaffung von Arbeitskräften, wegen Lieferung von Leder für Kinderschuhfabrik usw. Diese Bemühungen hatten teilweise guten Erfolg. Im Jahre 1918 wurden im ganzen 27 088 Reiter Rinden durch den Verein verkauft und zwar 24 748 Reiter Rinden und 2335 Reiter Nichtenrinden. Der gesamte Erlös betrug 864 101 Mark. Für das laufende Jahr ist eine Rindemenge von über 28 000 Reiter Rinden vorgesehen.

Von den weiteren Verhandlungsgegenständen ist eine Vereinbarung mit dem bad. Waldbesitzerverband zu erwähnen, wonach beide Vereine Hand in Hand arbeiten und dem Schilwäldbesitzerverein die Vertretung der Verbindungsangelegenheiten zukommt.

Bei der Vorstandswahl wurde auf weitere drei Jahre der 1. und 2. Vorsitzende Aufsichtsrat Schumann-Oberharmerbach und Bürgermeister Schuler-Vindach, sowie der Geschäftsführer Stüttingsverwalter Eitel-Oberfisch und Beisitzer Bernhard Waltersbacher-Oberfisch wiedergewählt. Für Altkämmerer Huber-Oppanow, der aus gesundheitlichen Gründen eine Wiederwahl ablehnte, wurde Hofrater Josef Erich-Löcherberg neu- und außerdem Fortstammann Freyer-Willingen ausgewählt.

Schließlich sprach noch Direktor Dr. Menggenheister-Freiburg über die Zukunft der Landschaft und Forstwirtschaft und befürwortete unter Zustimmung der Versammlung den allmählichen Abbau der Schilwälder auch für Gerbrinden.

Turnen, Spiel und Sport.

Karlsruhe, 4. April. Der F. C. „Concordia“ empfängt am kommenden Sonntag zum Verbandsspiel Klasse A. II. Fußballgesellschaft Müppurr mit 2 Mannschaften. Spielbeginn 1/2 Uhr und 3 Uhr auf dem Rasen des F. C. Wetterspieldes, gegenüber der Telear-Kaserne.

Der „Badische Landestag für Körperpflege und Jugendziehung“ und seine ersten Aufgaben.

Karlsruhe, den 4. April. Die Zentralisation der badischen Turn- und Sportvereine hat als wohlthuendes Ergebnis die Anerkennung und Mitarbeit der städtischen und kantonalen Behörden zur Folge gehabt. Es hat sich auch herausgestellt, daß der unpolitischen und unprofessionellen Neugründung städtische Organisationen betreten können, seien es nun Arbeitervereine, Turn- oder Volksschulen, Studentenverbindungen, Arbeitervereine. Der Boden der körperlichen Ausbildung der Jugend und der damit verbundenen Fragen ist ein neutraler; zudem hat die Zentralbehörde weder Befugnisse noch ein Interesse daran, in die Kompetenzen oder den Aufbau der einzelnen Organisationen einzugreifen.

Diese Grundzüge sind in den Prinzipien des Landestages verankert. Seine ersten Bestrebungen mußten nach seiner Konstituierung der Spielplätzefrage und der Einführung des Fußballspiels und der Leichtathletik in sämtlichen Lehranstalten gelten. Andre wichtige Maßnahmen

Geheimerat Dr. Durm wirkte seit mehr als 5 Jahrzehnten als akademischer Lehrer. Ein geborener Karlsruher, absolvierte Durm das Studium seiner Vaterstadt, besuchte die technische Hochschule hier selbst, bestand 1850 das Staatsexamen im Baufach, worauf er in den Groß. bad. Staatsdienst trat. 1862—1863 war er als Privatdozent in Mainz tätig, erwarb sich mehrere Jahre in Konstantz, unternahm Studienreisen nach Italien und wurde nach seiner Rückkehr 1868 Professor der Architektur an der Karlsruher Technischen Hochschule. 1877 erhielt er den Titel eines Baurats, sechs Jahre später die Ernennung zum Oberbaurat. Im Jahre 1887 wurde ihm die Vorstanderschaft der Groß. badischen Bauvereine übertragen, der später der Titel Oberbaurat folgte. 19 Jahre leitete er das badische Hochbauwesen, behielt aber sein Beamtentum stets bei, auf das er sich, nach Aufhebung der Bauvereine, beziehen mit dem Titel Geh. Rat 2. Klasse, wieder ganz zurückzog. Er füllte dieses Amt mit größter Pflichttreue bis in die letzte Stunde hinein aus und hielt trotz der Beschwerden, die ihm sein hohes Alter allmählich brachte, selbst in diesem Semester noch würdevoll die jüngsten seine Vorlesungen.

Anzahlreiche öffentliche und private Bauten kennzeichnen Durms Tätigkeit auf dem Gebiete der Architektur; genannt seien hier nur: die Heidelberger Universitätsbibliothek, das groß. Palais in Karlsruhe (Kriegsart.), das Palais Schmieder (nachm. Palais Prinz Max), die Hofkammer, die Synagoge, die Kunigundekirche und das Kunstgewerbemuseum in Karlsruhe, der Bau der Oberb. Versicherungsanstalt in Mannheim, das Landesbad und das Kaiserin Augustabad in Baden-Baden.

Wichtig bekannt sind Durms Forschungen und Veröffentlichungen auf dem kunsthistorischen Gebiete der Architektur. Mit Wagner und Kraus gab er das große Werk „Die Kunstentwicklung im Großherzogtum Baden im Jahre 1887, mit anderen Fachgenossen das umfangreiche „Handbuch der Architektur“ heraus, für das er selbst die Abhandlung über die Baukunst der Griechen, der Etrusker und der Römer und der Renaissance in Italien bearbeitete. Auch sonst trat Durm mit vielen gelehrten Abhandlungen in seinem Fachbereich hervor. Verschiedene Berufungen auf die technischen Hochschulen in Darmstadt, München und Charlottenburg, die Geheime Rat Durm f. St. ablehnte, gaben Zeugnis davon, wie sehr überall im Reich sein Wirken anerkannt wurde. Durm war Ehrenmitglied des Karlsruher Architektenvereins, der Archäologischen Gesellschaft in Athen, Mitglied der preussischen Akademie des Bauwesens, der deutschen archäologischen Institute in Rom, Athen und Berlin, Ehrenbürger der Heidelberger Universität,

mente, wie z. B. Schwimmgelegenheiten, Wanderheime und Schulturn nach schweizerischem Muster können erst zur Geltung kommen, nachdem die beiden Hauptfragen zur Zufriedenheit gelöst sind. Auch die Wünsche der Turnerclubs dürfen erst dann Berücksichtigung finden, wenn die Gleichberechtigung von Turnern und Sport durch Richtlinien festgelegt ist. Diese Gleichberechtigung erfordert einen eigenen Platz für Turn- und Leichtathletik für jede Schule; in Erkenntnis dieser Notwendigkeit haben die maßgebenden städtischen Behörden den Richtlinien für die im Prinzip bereits angeklommen. Es handelt sich also zuerst nur darum, daß die Unterrichtsverwaltung durch Richtlinien für die Anhalten des Spielbetriebes an den Mittel-, Volk- und Fortbildungsschulen so gestaltet, wie es auf Grund der im In- und Ausland gemachten praktischen Erfahrungen als zweckmäßig erscheint. Bei dieser schwierigen und beratungsvollen Aufgabe empfindet es sich für den Landesrat, das Ministerium nicht mit einem sog. „Musterprogramm“ aller Turn- und Sportsarten zu befehlen, sondern nach dem Motto „Chappenaufbau und Bewegungsfreiheit“ vorzugehen. Es muß daher vorläufig nur die Richtlinien vorzulegen, welche sich mit der Durchführung und der Konsolidierung von Sportabteilungen auf Schulen beschäftigen. Dabei muß als grundlegendes Prinzip betont werden, daß die Spiele unter gar keiner Bedingung obligatorisch betrieben werden dürfen, da nur der freie und aus der Bewegung heraus entstehende Spieltrieb Fußball und Leichtathletik lebensfähig machen und Lehren und Schülern Freude an der ganzen Sache gewähren kann. Die Durchführung, das bei einer fakultativen Ausführung des Sports nicht auf Schüler „reißlos erzwungen“ ist, ist zwar richtig; das sollen sie auch gar nicht. Nachdem die Schulen und die Unterrichtsverwaltung bisher stumme Zuschauer des ganzen Sportbetriebs gewesen sind, ist es ihre Aufgabe von heute auf morgen ihre ganze Schülerei zu mobilisieren einzukleiden, sondern nur denen, die wollen — und das wird ein großer Teil und zwar der beste Teil ihrer Klientel sein, Gelegenheit und Organisation zu geben. Zum Spielern gestanden dürfen die Kinder nicht werden; Zwang erzeugt Widerwillen. Die Schulen sollen jedoch die Schüler in Frage kommen, die Erbschaft der Vereine erhalten. Sie müssen sich ein Verfassungsbuch und Verordnungen für ihre Turn- und Spielplätze sichern. Das sie eingetragene der jahrezeitlichen Tradition und Jugendpflege der Sportvereine diesen wohlwollenden und verständnisvoll entgegenkommen müssen, liegt auf der Hand und wird speziell noch festgelegt werden.

Finanziell und materiell werden die Vereine durch das Festhalten nichts einbüßen; sie können nur gewinnen, wenn ihnen aus richtig angelegenen Schulorganisationen Tausende von neuen Anhängern erwachsen.

Sobald die Richtlinien für Schulen in der ersten Etappenstufe festgelegt und von den kompetenten Behörden genehmigt sind, wird man daran gehen können, die berechtigten Forderungen von Turnern, Sportvereinen und anderen zu sammeln und durchzuführen. Die erste und dringendste Forderung aber ist und bleibt: Spielplätze und Schulorganisationen für Fußball und Leichtathletik ohne Zwang für Nichtturner zu schaffen. B. Benjamins.

Karlsruher Strafkammer.

Karlsruhe, 1. April. Sitzung der II. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dier; Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Dastner.

Der Knecht Ludwig Fränke aus Königsbach, ein alter Hochhauer, der durch die Amnestie auf freien Fuß kam, verübte in Pforzheim drei Diebstahlsdelikte und fast dabei große Mengen Fleisch, Butter, Fett, Zigarren, Zigaretten und mehrere Liter Branntwein u. a. M. gegen mehrere Diebstahl im Rückfalle wurde er zu 3 Jahren 6 Monaten zuchthaus, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft und 6 Jahren Freiheitsverlust verurteilt.

Der Hausbesitzer Gotthold Wille aus Altenburg war in Pforzheim bei einem Hausbruchverbrechen beschuldigt. Derselbe hielt er gemeinsam mit dem Mechaniker Rudolf Schöner aus Königsbach ein Pferd, einen Wegewagen, Pferdegeschirr u. a. im Werte von über 4300 Mark. Allein erwerbende Wille noch einen wertvollen Wollstoff, schlachtete das Tier und gab das Fleisch dem Schöner und seinen Brüdern. Das Pferd und den Wegewagen wollten die Gefellen in Würzburg verkaufen, es wurde ihnen dort wieder abgenommen. Wegen Diebstahl wurde Wille zu 6 Monaten Gefängnis, wegen Diebstahl und Gefährdung Schöner zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In den Strafen und Gefängnis für die verübte Unterhandlungshaft verurteilt.

Die Dienstmagd Rosine Schneider aus Albingen stahl einer Herrin Wäsche und Seife. Unter Einredung einer früheren Straftat wurde sie wegen Diebstahl im Rückfalle zu 6 Monaten Gefängnis abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Der Hilfsarbeiter Hermann Martin aus Bünzach erhob beim Gaswerk den Lohn, der einem andern Arbeiter zustand und quittierte darüber mit dessen Namen. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs wurde er zu 6 Wochen Gefängnis, ab 3 Wochen Untersuchungshaft, verurteilt.

Die Näherin Verta Gahner aus Dillingen ließ sich auf den Namen einer andern Frauensperson Lebensmittelfarben in Pforzheim stellen und unterschrieb die Empfangsbekanntmachung dafür mit falschem Namen. Wegen schwerer Urkundenfälschung wurde sie zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Witwe Josefina Scherer aus Gmünd änderte auf einer Taafel Hausnummern den Buchstaben „A“ in „B“ um, um statt fertige Suppe Jucker zu erhalten. Wegen Urkundenfälschung wurde sie zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Die 16jährige Anna Denkmaler aus Weiler war von Schöffengericht zu Pforzheim wegen Diebstahl und Betrugs zu 6 Wochen Gefängnis und wegen falscher Namensangabe zu einer Woche Haft verurteilt worden. Sie hatte Kindern auf der Straße Geld abgenommen und Personen vorgeschwindelt, sie könne ihnen Milch und Eier besorgen sich dann Vorstehende darauf geben lassen, aber nichts geliefert. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, weil die Strafe wegen Diebstahl, infolge der Amnestie, zu unrecht erlassen worden sei. Das Gericht schloß sich dieser Anschauung an und setzte statt der Gefängnisstrafe auf einen Monat herab.

Kleine Zeitung.

Wünsche an die Nationalversammlung. Merkt! Bänke, Wagen und Beschwerden gelangen fortanveran an die Deutsche Nationalversammlung. Ein Bühnenmann, der Direktor des Stadttheaters in Jülich, will genügend große Geldsummen aufgebracht wissen, um die bedürftigen Gejangenen freizulassen, und stellt selbst zu diesem Zweck 10 000 Mark zur Verfügung. — Ein Amazonen-Volksführer möchte die R. Koffuhr in Dresden durch die Heranziehung der Frauen zu staatsrechtlichen Pflichten, wie Herrenschaft, aufgestellt haben. — Unteroffizier-Schleifer in Frankfurt (Oder) bietet unter der Bedingung der Begriffe absolute und relative Majorität. Eine Umgestaltung des Kalenders wünscht unter Einreichung eines Entwurfs ein Berliner Lehrer. — Ein Botschaftsbeamter in Sindenburg (Oder) möchte die Wiedererrichtung seines Vaters bei der Polizeibehörde erreichen. — Der Architekt Ivan Bartoli in Dresden erbietet sich zum Austausch eines Gefangenen nach Frankreich zu gehen. — Ein Schulrat kommt der Wunsch eines Herrn, die schwarz-rot-goldene Landesflagge mit einem besonderen Hoheitsabzeichen zu versehen. Der obere linke Ecke ein Füllhorn mit ausgeschüttetem Obelisk. Dem obersten Vertreter des deutschen Volkes einen deutschen Namen wie „Reichsmacht“, „Großmeister“ zu geben, erwidert Herr Emil von Danos. — Nur germanische Reichsbeamte, die verheiratet sind, dessen 35 Jahre zählen müssen, schlägt Herr Hugo Einvaldt vor. — Halter in Königsberg, vor. — Bienen für russische Wertpapiere. Herr V. Gerlach in Würzburg (Oder) erhalten. — Seine im Auftrag zu Köhnen untergeordnete ethnologische und zoologische Sammlungen will der Polizeimeister a. D. Soelle in Rudolfsplatz wiederhaben. — so weiter und so weiter.

